

PLENARREDE

REDE VON

THOMAS KUTSCHATY

TOP 1 – Klima-Konsens 1:1

umsetzen – neue

Arbeitsplätze und

Zukunftsperspektiven für die

Kohlereviere

23.05.2019 – Landtag NRW

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Lassen Sie mich zu Beginn dieser Debatte betonen, dass es im Hinblick auf die Ergebnisse der Kohlekommission und des Kohlekompromisses viele Gemeinsamkeiten zwischen unserer Fraktion und Ihrer Regierung gibt. Uns eint die Bewertung der Kommissionsbeschlüsse. Sie müssen eins zu eins umgesetzt werden. Uns eint die Ziele der Strukturpolitik für die Kohlereviere.

Die Kohlereviere brauchen eine aktive Industriepolitik für neue Arbeitsplätze, für neue Wertschöpfung und für neue Wachstumspfade. Nicht zuletzt eint uns die Überzeugung, dass wir gerade bei diesem Thema gemeinsam die Interessen Nordrhein-Westfalens vertreten müssen und der Parteienwettbewerb zwischen uns an der einen oder anderen Stelle auch einmal zurückstehen kann. Aber die Abläufe des gestrigen Tages, Herr Ministerpräsident, irritieren uns schon. Das, was Sie gerade erzählt haben, konnte ich heute Morgen schon in den Zeitungen lesen.

Es stünde Ihnen deshalb gut zu Gesicht, wenn Sie in Zukunft zuerst das Parlament und die Fraktionen über wichtige Verhandlungsergebnisse informieren würden und erst dann die Presse.

Das ist nicht nur eine Frage des guten Stils und des gebotenen Respekts der Exekutive gegenüber dem Parlament und übrigens auch gegenüber den Abgeordneten Ihrer eigenen Partei, sondern es würde auch den Geist der Zusammenarbeit – ich habe sie gerade angeboten – stärken, dem wir uns gemeinsam verpflichtet sehen sollten. Das sei vorweg gesagt.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion begrüßt die Eckpunkte zum Strukturänderungsgesetz, die das Bundeskabinett gestern beschlossen hat. Diese Eckpunkte sind tatsächlich ein bedeutsamer Meilenstein auf dem Weg der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission hin zu ganz konkreten Gesetzen. Die Bundesregierung hat mit diesen Eckpunkten ganz wesentliche Elemente für einen erfolgreichen und berechenbaren Strukturwandel festgehalten. Ich spreche vom Sofortprogramm für die Kohlereviere, vom langfristigen Finanzierungsrahmen, von den Strukturförderprojekten, nicht zuletzt aber auch von den entstandenen Leitbildern für die jeweiligen Kohlereviere. Unsere erste gemeinsame Aufgabe ist es nun, eine sehr starke politische Druckwelle von Düsseldorf nach Berlin zu senden, damit die entsprechenden Gesetze möglichst noch im Laufe dieses Jahres vom Bund beschlossen werden können. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dazu bereit.

Ich weiß, die Abgeordneten der CDU sind es auch. Ich möchte auch noch einmal betonen, welch großen gesellschaftlichen Wert diese Kompromisse und Ergebnisse der Strukturwandelkommission für Nordrhein-Westfalen, aber auch für ganz Deutschland haben. Das gilt übrigens nicht nur für die Ergebnisse, sondern auch für den Entscheidungsprozess, wie man zu den Ergebnissen gekommen ist. Wir überlassen den Kohleausstieg und die nächsten Schritte der Energiewende nicht einfach nur dem Markt, denn das wäre ein verhängnisvoller Fehler. Der Weg der Marktentfesselung wäre ein Irrweg. Kraftwerke, Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze würden verschwinden, ohne dass etwas Neues nachwachsen könnte. Das wäre das Ende der Zukunft des Rheinischen Reviers gewesen. Das wollen wir nicht, und deswegen haben wir den Weg der Marktentfesselung verhindert.

Mit der Strukturwandelkommission ist es gelungen, ökonomische, ökologische und soziale Ziele unter ein Dach zu bringen. Die Energiewende wird endlich als wirtschaftliches und soziales Projekt definiert, bei dem Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise die gleiche Bedeutung haben wie die notwendige CO₂-Reduzierung. Deswegen ist die Strukturwandelkommission nicht nur Vorbild für eine moderne und erfolgreiche Industriepolitik; sie ist auch ein Vorbild für die Entwicklung demokratiekonformer Märkte, in diesem Fall für einen demokratiekonformen Markt in der Energiewirtschaft. Darauf können wir alle stolz sein und sagen herzlichen Dank an alle, die in der Kommission daran gearbeitet haben.

Mit den Eckpunkten der Bundesregierung und der jetzt hoffentlich zügigen Verabschiedung der nötigen Bundesgesetze ist aber die Arbeit der Landesregierung – und damit Ihre Arbeit, Herr Ministerpräsident, noch nicht getan. Ganz im Gegenteil: Die Arbeit beginnt jetzt erst. Sie müssen jetzt Ihre Hausaufgaben machen, und da gibt es einiges nachzuholen. Lassen Sie mich vier Punkte nennen. Zu allererst müssen Sie die Städte und Gemeinden viel besser einbinden und informieren, als Sie das bisher getan haben. Sie haben gerade selbst gesagt, wie wichtig die Beteiligung der Kommunen ist, Herr Laschet. Dann machen Sie das doch endlich!

Es ist noch keine zehn Tage her, da haben sich 19 Bürgermeister aus dem Rheinischen Revier in einem gemeinsamen Appell an die Landesregierung gewandt. Ihre eigenen CDU-Bürgermeister fühlen sich übergangen und schlecht eingebunden. Sie fordern eine stimmberechtigte Mitgliedschaft in der Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Das ist nur recht und billig. Ein Landrat Ihrer Partei schreibt Ihnen

noch am 9. Mai dieses Jahres, es gebe keine Mitsteuerungsmöglichkeit der Reviere; es sei nicht erkennbar, ob die konkreten Bedarfslagen und Ziele der Reviere ausreichend berücksichtigt werden. Ich selbst habe diese Woche noch mit Bürgermeistern aus der Region gesprochen. Meine Damen und Herren, Strukturwandel gelingt nur, wenn Sie die Verantwortlichen vor Ort auch wirklich mitnehmen und nicht nur darüber reden, Herr Laschet.

Das ist bislang nicht gut gelaufen. Bringen Sie das bitte in Ordnung!

Die zweite Hausaufgabe ist die Sicherstellung der Kofinanzierung der Förderprogramme. Liest man sich das Eckpunktepapier einmal genau durch, wird man an ganz vielen Stellen lesen und feststellen können, dass die nun aufzustockenden bestehenden oder auch neuen Förderprogramme landesseitig kofinanziert werden müssen. Der Finanzminister muss jetzt unverzüglich darlegen, wie die nötigen Landesmittel im Haushalt abgebildet werden. Bisher sind sie in der mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen. Gestern sprach der Finanzminister viel von der schwarzen Null. In Wahrheit hat er aber offensichtlich null Bock, hier aktiv zu werden. Sagen Sie uns, Herr Laschet: Wie viele Landesmittel wollen Sie zur Verfügung stellen, um diesen Strukturwandel zu begleiten?

Wir erwarten des Weiteren von Ihnen, dass Sie eines sicherstellen: Die Entschädigungszahlungen an RWE und andere Kraftwerksbetreiber dürfen nicht auf den Kapitalmarkt fließen oder für Firmenzukäufe im Ausland zweckentfremdet werden. Ich möchte nicht, dass mit den steuerfinanzierten Abwrackprämien Beteiligungen an Müllverbrennungsanlagen in Bolivien gekauft werden, meine Damen und Herren. Stellen Sie das sicher!

Dieses Geld muss in der Region investiert werden; darauf müssen Sie bestehen, Herr Laschet! Dritte Hausaufgabe der Landesregierung ist die Entwicklung einer Strategie für die Standorte der Steinkohlekraftwerke im Ruhrgebiet. Sie taten gerade so, Herr Laschet, als ob das schon immer Ihre Idee gewesen sei, auch das Steinkohlerevier, das Ruhrgebiet, besonders in den Fokus zu nehmen. Das ist meines Erachtens nicht ganz so ehrlich.

Am Anfang hatten Sie das Ruhrgebiet in dem Bereich leicht übersehen; Sie hatten das Ruhrgebiet nicht auf dem Schirm. Es waren die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die hier deutlich gemacht haben: Wir müssen in diesem Bereich auch das Ruhrgebiet fördern. Dass das dann gelungen ist und es mit aufgenommen wurde, ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen.

Es ist gut so, dass jetzt Mittel für die Steinkohlekraftwerkstandorte zur Verfügung stehen. Insgesamt 1 Milliarde Euro steckt in dem Bundestopf; das steht so in dem Eckpunktepapier, das haben Sie gerade so verkündet. In Nordrhein-Westfalen haben Duisburg, Gelsenkirchen, Hamm, Herne und der Kreis Unna einen Anspruch auf diese Fördermittel, auf diese Strukturhilfen. Das ist auch vernünftig so. Damit unsere Städte hier in Nordrhein-Westfalen das ihnen zustehende Geld auch tatsächlich erhalten, brauchen wir jetzt dringend eine Strategie, die zwischen den Kommunen, dem RVR und dem Land abgestimmt sein muss.

Ich bitte Sie herzlich: Nehmen Sie den RVR ernst, bauen Sie den RVR in diese Beratungen bitte ganz intensiv mit ein!

Ihre Ruhr-Konferenz, Herr Laschet, wie Sie das gerade angekündigt haben, kann, so wie sie angelegt ist, das Ganze aus meiner Sicht nicht leisten. Im Augenblick ist das ein Ausflugsprogramm für

Ministerialbürokratie und Verbände. Das ist zu wenig, um hier den Strukturwandel in den Steinkohlestandortstädten aktiv begleiten zu können.

Machen Sie also bitte Ihre Arbeit, bringen Sie die Akteure in beiden Reviere zusammen, klären Sie die Förderzugänge und setzen Sie sich dafür ein, dass von der 1 Milliarde Euro möglichst viel nach Nordrhein-Westfalen kommt.

Wir wissen nicht, was mit den Kraftwerkstandorten, auch den Steinkohlekraftwerkstandorten, alles geschehen kann. Das eine oder andere Kraftwerk kann sicherlich mit einem anderen Energieträger umgenutzt werden, aber es werden bestimmt auch Standorte komplett verschwinden müssen. Zwölf Kohlekraftwerke gibt es im Ruhrgebiet. Insgesamt sprechen wir über 600 ha Grund. Die Umwandlung bzw. der Rückbau eines einzigen Kraftwerks verursacht enorme Kosten. Schätzungen gehen von 50 Millionen Euro bis 60 Millionen Euro für den Rückbau eines Standortes aus. Die gesamte Hektarfläche der Kraftwerksstandorte im Ruhrgebiet macht genau die Fläche aus, die der Regionalverband Ruhrgebiet und die Wirtschaftsförderung des RVR berechnet haben, die dringend benötigt wird, um zusätzliche Gewerbeflächen im Ruhrgebiet tatsächlich generieren zu können. Uns allen muss aber klar sein: Die von mir gerade genannten Städte werden finanziell nie in der Lage sein, für 50 Millionen Euro bis 60 Millionen Euro einen Kraftwerkstandort zurückzubauen. Das ist illusorisch. Das Schlimmste, das passieren kann, ist, dass sich der Betreiber des Kraftwerks verabschiedet, um das Gelände einen Bauzaun baut, das Gelände verrotten lässt, maximal noch den Parkplatz an einen Discounter verscherbelt, dann dort ein Aldi-, Lidl- oder Penny Markt entsteht und ansonsten nichts geschieht. Das darf nicht passieren. Da müssen Sie sich einsetzen, Herr Ministerpräsident!

Die vierte und vielleicht sogar wichtigste Aufgabe der Landesregierung besteht darin, jetzt endlich eine belastbare Energiestrategie für Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Dazu habe ich heute gar nichts von Ihnen gehört. Die im WSB-Bericht noch einmal bekräftigten Ausbauziele für die erneuerbaren Energien müssen jetzt in eine belastbare, glaubwürdige Energiestrategie auch für Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden. Doch da sind Sie bislang völlig blank. Schlimmer noch, Ihre Energiepolitik hier in Nordrhein-Westfalen ist ein einziges Chaos. Die Energiewende bei Ihnen ist noch nicht einmal eine Luftnummer; denn Sie bekämpfen sogar die Windenergie, Herr Laschet. Ihr ideologischer Zermürbungskrieg gegen die Windkraft gefährdet nicht nur die Ziele der Energiewende, sondern wird irgendwann auch Arbeitsplätze kosten. Aber beantworten Sie erst einmal eine ganz entscheidende Frage: Wie wollen Sie die Ausbauziele der erneuerbaren Energien denn erreichen, ohne auf einen Ausbau der Windkraft zu setzen? Wie soll das geschehen? Geben Sie endlich mal konkrete Antworten.

Vielleicht wird der Wirtschaftsminister gleich etwas dazu sagen. Erklären Sie uns doch bitte auch einmal: Welchen Anteil sollen welche Energieformen zukünftig am Energiemix hier in Nordrhein-Westfalen haben? Wie groß soll der Anteil der Geothermie in Zukunft sein? Bundesweit reden wir gerade einmal von einem Anteil von 0,9 % an einem Wärmemix und 0,03 % am Strommix. Wie wollen Sie das steigern? Wie soll das passieren? Die gleichen Fragen stellen sich bei Fotovoltaik, bei Biomasse, bei Wasserkraft. Das Problem ist: Sie haben keine Antworten auf diese Fragen, und deshalb ist die Energie- und Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen derzeit ein einziger Blindflug. Legen Sie ehrliche Zahlen hinsichtlich Leistung, Anteile, Flächenbedarf und Netzanbindung vor. Machen Sie deutlich, dass die entsprechenden Potenziale realisiert werden können. Die Wahrheit aber lautet: Mit der Vollbremsung bei der Windkraft, wie sie die Landesregierung betreibt, werden Sie die Ziele der Energiewende nie schaffen, Herr Ministerpräsident.

Das wissen Sie auch; das sagen Ihnen die Handwerkskammern, die Industrieverbände, und das sagen Ihnen auch die Umweltverbände – die sowieso. Beenden Sie Ihren chaotischen Blindflug! Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Energiepolitik, meine Damen und Herren!

Mit den Beschlüssen der Strukturwandelkommission und den gestern verabschiedeten Eckpunkten im Bundeskabinett haben wir bedeutende Zwischenziele erreicht. Das ist das Basislager, aus dem wir nun weiter in die Höhe steigen können, um die Ziele der Energiewende auch erklimmen zu können. Jetzt kann eine aktive Strukturpolitik für die betroffenen Regionen beginnen. Eine neue Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen muss endlich ihren Anfang nehmen. Jetzt ist aber auch die Landesregierung gefragt.

Geben Sie den betroffenen Kommunen endlich Mitspracherechte, stellen Sie die Kofinanzierung der Struktur- und Förderprogramme sicher, entwickeln Sie auch für die Steinkohlestandorte einen Plan und legen Sie endlich eine neue Energiestrategie für Nordrhein-Westfalen vor. Machen Sie Ihre Arbeit! Es wird höchste Zeit.